Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Policy Paper der Region Südost- und Ostasien

März 2010

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary 3

Einleitung 3

1. Demokratie 4

2. Rechtsstaat und Menschenrechte 10

3. Wirtschaft 14

4. Bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte 16

5. Regionalismus 16

6. Die Interessen Deutschlands und der EU 19

7. Chancen für liberale Politik 20

8. Die Arbeit in den einzelnen Ländern 21

- 8.1 Regionale Programme 21
- 8.2 Projektländer mit stiftungseigener Infrastruktur 22
  - 8.2.1 Indonesien 22
  - 8.2.2 Kambodscha 23
  - 8.2.3 Philippinen 23
  - 8.2.4 Südkorea 23
  - 8.2.5 Thailand 24
- 8.3 Projektländer ohne stiftungseigene Infrastruktur 24
  - 8.3.1 Birma 24
  - 8.3.2 China 25
  - 8.3.3 Malaysia 25
- 8.4 Andere Länder der Region 25

Anhang

9. Die Region im Überblick – Zahlen und Fakten zu Wirtschaft und Politik 26

9.1 Tabelle 1 Wirtschaft 26

9.2 Tabelle 2 Politik 27

Executive Summary

Die Region Südost- und Ostasien hat bewegte Zeiten erlebt. Ritten einige Staaten ab Ende der 1980er Jahre noch auf der dritten Demokratisierungswelle[1], so sind heute politische Rückschritte und Stagnation zu beklagen. Was die südostasiatische Region anbelangt, findet sich momentan nur noch in Indonesien und den Philippinen eine nennenswerte demokratische Opposition. In Ostasien verharren die Volksrepublik China und das Unrechtsregime Nordkorea weiterhin in ihren repressiven Systemen, wenngleich die Lebensumstände der Bevölkerungen in beiden Staaten kaum miteinander zu vergleichen sind. Wirtschaftlich befindet sich Asien kontinuierlich auf dem Vormarsch. Chinas Wachstum sucht weltweit seinesgleichen und trotzt der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise bisher mit großem Erfolg. Dem Rest Asiens macht die ökonomische Eintrübung zwar zu schaffen, doch stehen diese Länder besser da als noch zur Zeit der hausgemachten Krise von 1997/98. Die globale Rezession hat sich in Asien – mit Ausnahme Japans – weniger stark ausgewirkt als in den USA und Europa, was die geopolitischen und wirtschaftlichen Gewichte noch mehr in Richtung Asien verschoben hat.

Die Bedeutung der Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Südost- und Ostasien ist ungebrochen. In wirtschaftlicher Hinsicht bleibt liberale Expertise für die Manövrierung der Volkswirtschaften aus kritischen Gefilden relevant. Zwar hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise auch Asien betroffen, eine Rückkehr zum Protektionismus der Vergangenheit scheint jedoch wenig wahrscheinlich. China hat jedoch eindeutig Rückschritte gemacht, was die Vertiefung von marktwirtschaftlichen Reformen angeht. Allerdings scheint man sich das angesichts hoher Wachstumsraten leisten zu wollen. Trotzdem muss eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik Rahmenbedingungen schaffen, die dem Wettbewerbsprinzip mehr Geltung verschaffen.

Die Stiftung sieht sich auch im politischen Bereich weiterhin mit einem hohen Bedarf an Beratung und Unterstützung konfrontiert. Alle demokratischen Systeme brauchen dringend institutionelle Unterstützung der politischen Kernorgane: Politische Parteien und Parlamente sowie rechtstaatliche Institutionen, die eine gegenseitige Kontrolle der Gewalten gewährleisten können. In den Staaten mit autoritären oder semi-demokratischen Strukturen haben sich vielfältige Spielräume eröffnet, die von unseren Partnerorganisationen genützt werden können, um für mehr Freiheit und Eigenverantwortung einzutreten.

Einleitung

Die Region Südost- und Ostasien ist eine Region der Superlativen. Dies betrifft vor allem ihre Bevölkerung, geographische Ausdehnung und Ökonomie. Die Region umfasst die zehn ASEAN-Staaten (Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Singapur, Kambodscha, Vietnam, Laos, Birma, Brunei) sowie Nord- und Südkorea, China, Taiwan, die Mongolei und Japan.

Mit einer *Bevölkerung* von ca. 2 Milliarden (China 1,3; Japan 0,13 und ASEAN 0,58 Milliarden) macht sie fast ein Drittel der Weltgesamtbevölkerung aus, die der United Nations Population Division zufolge derzeit mehr als 6 Milliarden beträgt. Ungleich der alternden Strukturen in der westlichen Welt ist ein Großteil der Asiaten jungen Alters. Allerdings muss hierbei unterschieden werden zwischen den Industriestaaten und Schwellen- bzw. Entwicklungsländern. So sind die Bevölkerungen Japans, Koreas und Singapurs zunehmend überaltert, während die Geburtenraten

[1] Siehe Samuel P. Huntington (1993): The Third Wave: Democratization in the late Twentieth Century.

in ärmeren Staaten wie Indonesien, Philippinen und Thailand weiterhin relativ hoch sind. Eine Ausnahme in dieser Hinsicht bildet China, das als Schwellenland bereits über eine alternde Gesellschaft verfügt. Die Einkindpolitik der Volksrepublik und die damit einhergehende Abwertung weiblicher Nachkommen zeitigen eine asymmetrische Entwicklung der chinesischen Gesellschaft, die sozialen Zündstoff birgt.[2]

Die *Landmasse* der ASEAN-Region beträgt 4,464,322 km² und die Chinas 9,596,960 km². Als Ganzes gesehen stellt Südost- und Ostasien andere Regionen oder Staaten in den Schatten. Die Vereinigten Staaten verfügen über eine Fläche von 9,631,418 km² und die Europäische Union kommt gerade mal auf 4,324,782 km².

Mit Japan und China gehören zwei der *volkswirtschaftlich* größten Staaten der Welt zur ostasiatischen Region. In Kaufkraftparität gemessen verfügt China bereits heute über die zweitgrößte Ökonomie nach den Vereinigten Staaten. Den Ruf, Exportweltmeister zu sein, hat die Volksrepublik nun auch inne – ein Schlag ins Kontor für den ehemaligen Spitzenreiter Deutschland. China ist auch auf dem besten Wege, Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft gemessen in US-Dollar abzuhängen. 2009 verzeichnete Peking ein Wachstum von 8,7 Prozent, für 2010 ist gar ein noch höheres Wachstum zu erwarten.

1. Demokratie

Die Demokratie hatte in Asien seit 1986 einen beeindruckenden Siegeszug vollzogen. Damals wurde der philippinische Diktator Marcos durch eine friedliche Revolution gestürzt, die von einer „einfachen Hausfrau", Cory Aquino, angeführt wurde. Weitere demokratische Revolutionen und Umstürze folgten, etwa in Südkorea, Taiwan und Thailand. In Folge der Asienkrise trat 1997 dann der indonesische Diktator Suharto zurück. Die Demokratie schien sich in Asien unaufhaltsam durchzusetzen. Davon kann heute leider keine Rede mehr sein.

Im Rückblick erscheint der Sturz von Suharto als Scheitelpunkt der demokratischen Entwicklung. Unter den 10 ASEAN-Staaten befinden sich heute laut dem aktuellen Bericht von *Freedom House* fünf unfreie (Birma, Brunei, Kambodscha, Laos, Vietnam) und vier halbfreie Staaten (Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand); lediglich Indonesien schafft es, das Prädikat „frei" zu erhalten. In Ostasien ist das Bild ausgewogener: Japan, Taiwan, Mongolei und Südkorea rangieren auf dem Demokratieindex als freie Staaten. Als unfrei gelten China und Nordkorea, wobei letzteres eines der menschenverachtendsten Regime der Welt darstellt und in der asiatischen Region lediglich in Birma einen kongenialen Partner hat. Peking unterdrückt zwar weiterhin politische Freiheiten, doch erfreuen sich die viele Chinesen eines stetig steigenden Lebensstandards.

Kambodscha, Malaysia und Singapur entsprechen der Definition des „elektoralen Autoritarismus".[3] Diese Systeme stellen Scheindemokratien dar. Sie führen periodische Wahlen durch, an denen mehrere Parteien teilnehmen können. Sie tun dies jedoch nur, um sich der massiven nationalen und internationalen Ächtung zu entziehen. Der Opposition werden keine realen Chancen zur Machteroberung eingeräumt. Der Begriff „elektoraler Autoritarismus" bringt auch die Abwesenheit eines genuinen Reformwillens auf Seiten der Machthaber zum Ausdruck, was beim Terminus „defekte Demokratie" nicht impliziert wird.

[2] Vgl. The Economist: Gendercide – What happened to 100 million baby girls?, Ausgabe vom 6. März 2010.
[3] Vgl. Andreas Schedler (2006): Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition.

China
Gemäß ihrer Verfassung ist die Volksrepublik China ein „sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht". Die in der Präambel festgeschriebenen „Vier Grundprinzipien" (Festhalten am sozialistischen Weg, demokratischer Zentralismus, Führung durch die KP, Marxismus/Leninismus, Ideen Mao Zedongs, Deng Xiaopings und Jiang Zemins) wurden durch Verfassungsänderungen 1993, 1999 und 2005 ergänzt. Die Aufwertung der Marktwirtschaft, der Schutz des Privateigentums, die „Herrschaft durch das Recht" sowie der Schutz der Menschenrechte sind nun in der Verfassung verankert. Bei der Umsetzung dieser hehren Prinzipien hapert es jedoch noch beträchtlich. Ein entsprechendes Bild malen die Berichte von namhaften Instituten wie *Freedom House*, *Human Rights Watch*, *Amnesty International* und *Transparency International*.

Der Nationale Volkskongress (NVK) ist formal das höchste Organ der Staatsmacht. Er tritt einmal jährlich zusammen und wählt den Staatspräsidenten, seinen Stellvertreter, und - auf Vorschlag des Staatspräsidenten - den Ministerpräsidenten. Mit der ersten Tagung des 11. NVK im März 2008 begann die derzeitige Legislaturperiode von fünf Jahren. Eine Opposition gibt es nicht. Die Pressefreiheit bleibt eingeschränkt und Dissidenten sind staatlicher Verfolgung ausgesetzt.

Indonesien
In Indonesien fanden im April 2009 Parlamentswahlen statt. 170 Millionen indonesische Wahlberechtigte hatten sich zwischen 290.000 Kandidaten zu entscheiden, die sich für die knapp 19.000 Parlamentssitze auf nationaler, Landes- und Bezirksebene bewarben. Drei Monate später waren der Präsident und der Vizepräsident des Landes zu wählen. Es gab zwar technische Probleme, insbesondere mit den Wählerverzeichnissen, aber die Wahlen waren frei und fair und sind vor allem friedlich verlaufen. Damit hat das Land den dritten Test seit Einführung der Demokratie mit Bravour bestanden und stieg formal in den Reigen der „ausgereiften Demokratien" auf. Dennoch krankt das demokratische System des Landes nach wie vor an personalistischen, wenig institutionalisierten Parteien, an korrupten Praktiken im Parlament und der Justiz, sowie an der Ermüdung der Öffentlichkeit angesichts langwieriger demokratischer Entscheidungs- und Kompromissfindungsprozesse.

Kambodscha
In Kambodscha herrscht weiter die korrupte Partei von Premier Hun Sen (CPP). Mit den Wahlen 2008, die laut EU-Beobachtern nicht demokratischen Standards entsprachen, behielt die CPP ihre überwältigende Zweidrittelmehrheit im Parlament. Es nickt nur Regierungsbeschlüsse ab. Auch der Senat nimmt seine Funktion als Gesetzgebungsorgan nicht wahr, sondern winkt Texte nur durch. Immerhin stellt die *Sam Rainsy Partei* (SRP) zwei der 61 Senatoren und mit 26 von 123 Parlamentariern eine nennenswerte Oppositionsfraktion. Leider missbrauchte die CPP im Jahr 2009 ihre Macht und entzog drei SRP-Abgeordneten die Immunität. Auch Oppositionsführer Sam Rainsy ist betroffen. Weil er an der Grenze zu Vietnam umstrittene, neue Grenzpflöcke entwendete, wurde Sam Rainsy im Januar 2010 (in Abwesenheit) zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er erschien nicht vor Gericht, blieb stattdessen nach einer Dienstreise in Europa und ist seitdem im Exil. Auch die Zukunft der prominenten SRP-Abgeordneten Mu Sochua ist ungewiss. Premier Hun Sen hatte sie wegen angeblicher Verleumdung verklagt. Sochua wurde zu einer Geldstrafe verurteilt und zahlt demonstrativ nicht. Deshalb könnte sie sechs Monate lang in Haft genommen werden und ihr Parlamentsmandat verlieren. Entzug parlamentarischer Immunität, Anklagen und Verurteilungen sind Teil einer CPP-Kampagne gegen die Opposition und sind Indikatoren trauriger Demokratie-Rückschritte.

Malaysia
Nach der aus demokratischer Sicht erfreulichen Parlamentswahl von 2008, die durch Oppositionssiege in fünf Bundesstaaten mehr Pluralismus brachte, schien Malaysias korrupte Regierungskoalition *Barisan National* (BN) zu wackeln. Der Führer des Oppositionsbündnisses (*Pakatan Rakyat)*, Anwar Ibrahim, griff im Rausch des Wahlerfolges nach der Regierungsgewalt auf nationaler Ebene, so jedenfalls schien es. Er lockte potentielle Überläufer aus dem BN-Lager und kündigte öffentlich die Regierungsübernahme an. Der Versuch ging nicht nur schief, sondern nach hinten los. Weil Anwar sein kühnes Versprechen nicht einlöste, verlor er an Glaubwürdigkeit. Und dann setzte BN genau jenes undemokratisches Mittel, Locken von Überläufern, erfolgreich ein: BN stahl der Opposition den zuvor gewonnenen Bundesstaat Perak.

UMNO, die größte BN-Partei, zog richtige Konsequenzen aus den dramatischen Wahlverlusten von 2008: an der Spitze von Partei und Regierung wurde der blasse Abdullah Badawi durch den fähigeren Najib Razak ersetzt. Najib ist Sohn eines Expremiers und seit 1978 Kabinettsmitglied. Leider ist er kein Demokrat. Mit Najib an der Spitze sitzt BN nun wieder fest im Sattel. Der seit 2009 regierende Premier ist ein schlauer Taktiker, brillanter Redner und erfolgreicher Populist. Bei Umfragen stieg die Zustimmung zu Najibs Arbeit von 43 auf bis zu 64 Prozent.

Allerdings gab es jüngst für Pakatan – bestehend aus den Oppositionsparteien PKR, PAS und DAP –nicht nur Schlappen sondern auch weitere Erfolge: Pakatan gewann, hier oft vertreten durch die islamische PAS, im Laufe des Jahres 2009 acht von zehn Nachwahlen in einzelnen Wahlkreisen. Die meisten Wahlen betrafen Parlamentssitze in Bundesstaaten; sie waren meist wegen des Todes oder Rücktritts des bisherigen Mandatsträgers nötig geworden. Mit Abstand wichtigstes und positivstes Ereignis 2009 war für die Opposition jedoch ihr imposantes Treffen im Dezember. Jeweils 500 Delegierte von PKR, PAS und DAP verabschiedeten ihr erstes, gemeinsames Grundsatzprogramm. Das Papier war ein weiterer Schritt in Richtung Formalisierung der mittlerweile gar nicht mehr so losen Koalition. Pakatans Grundsatzprogramm liest sich wie ein Regierungsprogramm. Die Opposition will den *Internal Security Act* (ISA) und alle anderen Gesetze, die fundamentale Rechte einschränken, abschaffen. Pakatan verspricht Gewaltenteilung, freie und faire Wahlen, freie Presse und eine Sozialpolitik, die allen Ethnien zugutekommt. Leider könnte die Vision in weitere Ferne rücken, nämlich falls die seit Februar 2010 erneut vor Gericht stehende Integrationsfigur Anwar Ibrahim wieder ins Gefängnis muss.

Im wichtigen Bundesstaat Selangor konnte die Opposition seit der Regierungsübernahme 2008 kaum glänzen. Anwar ernannte sich zum Wirtschaftsberater der Regierung von Selangor. Er setzt sich dadurch ernorm unter Druck, wird er doch in Zukunft auch persönlich am Erfolg oder Misserfolg Selangors gemessen werden. Malaysias BN-Bundesregierung wird den Bundesstaat so wenig wie möglich unterstützen.

Myanmar/Birma
Nach Juntaangaben soll in Myanmar (Birma) im Jahr 2010 durch Wahlen der Übergang von der Militärdiktatur zu einer „geleiteten Disziplin-Demokratie" vollzogen werden. Positiv ist, dass der Spielraum für Demokraten sich schon jetzt, da sich politische Gruppen positionieren, vergrößert. Allerdings wäre die Hoffnung auf ein demokratisches System im westlichen Sinn unangemessen. Sollten tatsächlich Wahlen stattfinden, ist mit Manipulationen und weiterer Dominanz des Militärs zu rechnen. Die 2008 durch eine Volksabstimmung mit vorgefertigtem Ausgang (angeblich 92% Zustimmung) verabschiedete Verfassung garantiert den Streitkräften ein Viertel der Sitze im Nationalparlament. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass Generäle sowie die juntatreue Zivilorganisation USDA Stellvertreterparteien des Militärs gründen und zusammen übermächtig im neuen Parlament vertreten sein werden. Ebenso absehbar ist, dass hohe Repräsentanten der Junta den Präsidenten und zudem mindestens einen der beiden Vizepräsiden-

ten stellen werden. Die Verfassung schließt aus, dass Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi diese höchsten Ämter übernehmen kann. Trotzdem wären Wahlen samt der Bildung von nationalen und regionalen Parlamenten im Kontext dieses bislang so verheerend repressiven Staates eine Sensation. Diese Entwicklung könnte weitergehender, sprich wahrer Demokratisierung mittel- oder langfristig den Weg ebnen.

Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) von Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi lehnt die neue Verfassung nach wie vor ab und hat noch nicht entschieden, ob sie an den Wahlen teilnehmen wird. Suu Kyi steht unter Hausarrest und könnte somit nicht kandidieren. Die Wahlteilnahme der NLD würde einer Anerkennung der (teilweise undemokratischen) Verfassung gleichkommen. Trotzdem ist es gut möglich, dass die NLD antreten wird. Denn täte sie das nicht, wäre ihr Versinken in der Bedeutungslosigkeit beschleunigt oder gar besiegelt.

Das eigentlich längst erwartete Wahlgesetz war im Februar 2010 noch nicht verabschiedet und das Datum der Wahl weiter unbekannt. Als möglicher Termin wird der unter den notorisch abergläubischen Generälen als Glück verheißend geltender 10.10.10 gehandelt. Leider gibt es bislang auch keine Neuauflage des Parteiengesetzes. Das macht neue Parteiregistrierungen derzeit unmöglich. Das scheinbar schleppende Vorgehen hat System: Während die Junta längst Wahlvorbereitungen trifft und offenbar bereits hunderte Kandidaten identifiziert hat und sie ausbildet, haben politische Akteure außerhalb des Regierungsapparates es sehr schwer, sich zu organisieren und zu positionieren. Das betrifft auch die ethnischen Minderheiten. Abgesehen von den Kachin, die eine Partei mit intakten Strukturen haben, sind alle Minderheiten politisch schlecht oder gar nicht aufgestellt. Das werden sie nicht über Nacht ändern können, unter anderem, weil manche ethnischen Gruppen untereinander zerstritten sind. Letzteres betrifft auch die Frage, ob man überhaupt an der Wahl teilnehmen soll. Befürwortern und Unentschiedenen steht zum Beispiel die *United Nationalities Alliance* (UNA) gegenüber, eine Koalition mit Repräsentanten von zwölf Ethnien: Die UNA wird die angekündigten Wahlen nach eigenen Angaben boykottieren.

Philippinen

Politische Gewalt ist auf den Philippinen nichts Ungewöhnliches, doch erreichte die innenpolitische Auseinandersetzung eine ganz neue Dimension mit dem grausamen Massaker im November 2009. Bewaffnete Männer überfielen einen Konvoi von Familienangehörigen und Freunden eines Kandidaten für die Gouverneurswahlen in der südlichen Provinz Maguindanao. Die Zahl der Opfer des Massakers liegt laut den Ermittlungen bei 57. Es befanden sich 30 Journalisten unter den Ermordeten. Die Gruppe war auf dem Weg zum Wahlbüro gewesen, um dort die Kandidatur des Vize-Gouverneurs für die dieses Jahr stattfindenden Wahlen anzumelden.

Nach dem offenbar politisch motivierten Massaker verhängte Präsidentin Gloria Arroyo über zwei Provinzen auf der Insel Mindanao den Ausnahmezustand. Der ehemalige Gouverneur von Maguindanao Andal Ampatuan Sr und vier seiner Söhne wurden in Untersuchungshaft genommen. Sie bestreiten eine Verwicklung in das Massaker. Die Ampatuans sind in Maguindanao bekannt für ihre schlagkräftige Privatarmee. Es wird vermutet, dass Mitglieder der Privatarmee des Gouverneurs die abscheuliche Tat, bei der die Leichen der Opfer auch noch verstümmelt wurden, verübt haben. Auch Polizisten, die Gouverneur Ampatuan unterstehen, sollen beteiligt gewesen sein. Die Politik auf lokaler Ebene ist auf den Philippinen weitgehend in der Hand von Familienclans, die in ihrer jeweiligen Provinz die Macht und die Wirtschaft kontrollieren und die wiederum mit der Zentralregierung paktieren. Der Ampatuan-Clan ist eng mit Präsidentin Macapagal-Arroyo verbündet. Ihm werden massive Wahlfälschungen zugunsten von Arroyo und ihren Verbündeten bei den Wahlen 2004 und 2007 nachgesagt. Sie führen einen luxuriösen Lebensstil, während ihre Provinz zu den ärmsten des Landes gehört.

Politische Gewalt kommt auf den Philippinen leider allzu häufig vor, vor allem auf lokaler Ebene. Jedes Mal kommt es im Vorfeld von Wahlen zu Ermordungen, Entführungen und Einschüchterungen unliebsamer Kandidaten. Das grausame Massaker in Maguindanao jedoch erschütterte die philippinische Öffentlichkeit und sorgte weltweit für Schlagzeilen.

Die Wahlen im Mai 2010 haben auch deshalb große Bedeutung. Die Qualität der philippinischen Demokratie misst sich zunehmend an der Fähigkeit des Staates, politische Gewalt zu verhindern und die auf allen Ebenen grassierende Korruption und Mittelverschwendung einzudämmen. Außerdem wird zum ersten Mal mit Wahlcomputern gewählt, was die Legitimität des Ergebnisses erhöhen kann. Im Mittelpunkt der innenpolitischen Diskussion steht seit dem Sommer 2004 die Legitimität der Wiederwahl der Präsidentin, der massiver Wahlbetrug vorgeworfen wird. Sie muss befürchten, insbesondere im Falle eines Wahlsiegs des liberalen Kandidaten Aquino für die Verfehlungen in ihrer Amtszeit gerichtlich belangt zu werden. Deshalb befürchten viele Beobachter, dass sie alle Register ziehen wird, die Wahl in ihrem Sinne zu manipulieren oder ganz zum Scheitern zu bringen, um per Notstandsregierung im Amt zu bleiben. Das wäre ein Spiel mit dem Feuer: Wenn die Wahl und die Verwendung von Wahlcomputern scheitern, kann es zu einer ernsten Krise kommen, denn laut allen Umfragen ist ihr Ansehen seit 2004 auf einem extrem tiefen Stand; zwei Drittel der Wähler haben keinerlei Vertrauen in sie.

Wenn die Wahlen erfolgreich verlaufen, bieten sie die Chance für eine Richtungsentscheidung: Es wird sich zeigen, ob sich die Wähler für eine reformorientierte Politik entscheiden oder traditioneller Patronagepolitik die Treue halten. In einem Land mit weitverbreiteter Massenarmut, in der die Patronagenetzwerke für viele Arme die einzige dünne Sicherheitsdecke darstellen und in der es kaum Erfahrung mit einem neutral und effektiv agierenden Staat gibt, ist diese Entscheidung für die Wähler nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheint.

Thailand

In Thailand nutzte der Multimilliardär Thaksin Shinawatra seit 2001 sein demokratisches Mandat zur Aushöhlung rechtsstaatlicher Institutionen. Er wurde 2006 durch einen Militärputsch aus dem Amt entfernt, und seither findet Thailand keine Ruhe. Die Auseinandersetzung zwischen dem politischen Lager um Ex-Premierminister Thaksin Shinawatra und der konservativen Elite in Bangkok dauert seit knapp vier Jahren an.

Per Gerichtsentscheid wurden die Anhänger Thaksins endgültig von der politischen Bühne verbannt. Zudem konnte durch das „Umkippen" und Spalten von Parteien, die zuvor an der vom Thaksinlager geführten Regierung teilgenommen hatten, eine neue Regierung gebildet werden. Am 15.12.2008 wurde der liberale Abhisit Vejjajiva 27. Premierminister Thailands. Er ist Vorsitzende der *Democrat Party* (DP), die Mitglied im liberalen Parteiverbund *Council of Asian Liberals and Democrats* (CALD) sowie in *Liberal International* ist. Die derzeitige Regierung ist nun wiederum die Zielscheibe der Rothemden (der Thaksin-Anhänger), die ihrerseits in der *United Front for Democracy against Dictatorship* (UDD) ihr politisches Vehikel haben. Ihre Aktionen gipfelten in der Stürmung des ASEAN-Konferenzortes in Pattaya und anschließenden gewaltsamen Ausschreitungen in Bangkok im April 2009 (vgl. den Bericht aus aktuellem Anlass, Nr. 27: „Aufstand der Rothemden"). Nach dem von der Regierung initiierten Einschreiten der Streitkräfte hat sich die innenpolitische Lage seitdem deutlich beruhigt.

Im Februar 2010 konfiszierte das Oberste Gericht in Thailand den größten Teil des eingefrorenen Vermögens Thaksins. 46 Milliarden Baht, umgerechnet mehr als eine Milliarde Euro, würden einbehalten, hieß es in dem mit Spannung erwarteten Richterspruch. Ob der Rest des umstrittenen Geldes, umgerechnet etwa 700 Millionen Euro, an Thaksin zurückgegeben wird

oder eingefroren bleibt, ist noch unklar. Die thailändische Regierung befürchtete, dass es nach der Gerichtsentscheidung Unruhen geben könnte und stationierte in ganz Bangkok tausende Sicherheitskräfte. Die Armee ist in Alarmbereitschaft. Die Rothemden verschoben jedoch ihre Großdemonstration vorerst um rund zwei Wochen. Sie wollten Mitte März bis zu einer Million Menschen mobilisieren und solange demonstrieren, bis die Regierung zurücktritt und Neuwahlen ansetzt. Dies ist ihnen nicht gelungen. Die Zahlen sprechen für sich. Maximal 170.000 konnten auf die Strassen von Bangkok gebracht werden, was weit unter der angekündigten Zahl liegt. Doch weiterhin bleibt unsicher, wie lange die derzeitige Regierung im Amt verbleiben kann.

Südkorea

Südkorea hat seit den Anfängen der Demokratisierung im Jahre 1987 bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Dennoch wird, insbesondere bei der älteren Generation, die Überwindung der Militärdiktatur mit der Schaffung demokratischer Strukturen gleichgesetzt. Eine Mehrheit der Bevölkerung gibt der Effizienz den Vorzug vor politisch demokratischen Prozessen. Insbesondere Reformen der Parteien zur Stärkung innenparteilicher Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse stehen noch aus. Die politische Entwicklung bleibt hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurück und ist noch weitgehend traditionell konfuzianischen Traditionen des Respekts, der Loyalität und dem Streben nach Harmonie unterworfen, was vielfach zu Korruption und Patronage führt.

Nordkorea

„Wahlen" in Nordkorea dienen vor allem der Mobilisierung der Massen. Kandidatenauswahl und Stimmauszählung unterliegen der Geheimhaltung und sind vollkommen intransparent. Einpersonenwahlkreise erlauben keine demokratische Wahl zwischen mehreren Kandidaten.

Der für die asiatischen Länder ausgewiesene Transformationsindex der Bertelsmann-Stiftung belegt die Verlangsamung der Reformen.

Bertelsmann Transformationsindex 2010

	Land	Trend Demokratie	Trend Marktwirtschaft
Ostasien	China	→	→
	Südkorea	→	→
	Nordkorea	→	→
	Taiwan	→	→
	Mongolei	→	→
Südostasien	Kambodscha	→	→
	Thailand	→	↘
	Malaysia	→	→
	Singapur	→	→
	Vietnam	→	→
	Philippinen	→	→
	Birma	→	↘
	Laos	→	→
	Indonesien	↗	→

*Keine Daten für Japan und Brunei vorhanden

Quelle: http://www.bertelsmann-transformation-index.de

2. Rechtsstaat und Menschenrechte

Ein funktionierender Rechtsstaat und der Schutz von Menschenrechten bleiben Desiderata in den meisten Staaten Südostasiens, in China sowie in Nordkorea.

China

Human Rights Watch (HRW) verzeichnet in seinem *World Report 2010* für das vergangene Jahr eine Negativentwicklung in der Volksrepublik. Diesem Bericht zufolge hat Peking dank nachlassender öffentlicher Kritik aus dem Ausland Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten unbehelligt verfolgen können. Tibeter und Uiguren sahen sich ebenfalls weiterhin staatlichen Repressalien ausgesetzt. Zwar entwarf die chinesische Regierung ein nationales Menschenrechtskonzept, doch klafft wie so oft in der Volksrepublik eine Lücke zwischen Theorie und Realität. Seit Feburar 2009 beispielsweise ist der prominente Menschenrechtsanwalt Gao Zhisheng verschwunden. Informierte Kreise vermuten, dass er nicht mehr am Leben ist. Allein für Dezember 2009 dokumentierte HRW fünf eklatante Akte staatlicher Repression: Die Ausweisung einer Gruppe von Uiguren aus Kambodscha nach China infolge von politischem Druck aus Peking (siehe unten), die politisch motivierten Verurteilungen des prominenten Dissidenten Liu Xiaobo, des tibetischen Filmregisseurs Dhongdup Wangchen und des tibetischen Mönchs Phurbu Tsering zu mehrjährigen Haftstrafen sowie die Exekution des britischen Staatsbürgers Akmal Shaikh wegen Drogenhandels.

Indonesien

Indonesien konnte sich im Korruptionsindex von *Transparency International* im Jahr 2009 mit einem Anstieg um 0,2 Punkte wieder leicht verbessern, erreichte aber mit insgesamt 2,8 Punkten dennoch nur einen kläglichen 111. Platz unter den 180 Ländern. Die Gesellschaft beklagt im Allgemeinen die Korruption in Parlament und Justiz, während die Geschäftswelt vor allem unter der Korruption der Polizei, des Zolls, der Ausländerbehörde und der Kommunalverwaltungen leidet. Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung waren in den ersten Regierungsjahren von Präsident Yudhoyono deutlich erkennbar. Doch führte der energische Widerstand der korrupten Agenturen 2009 zu einem offenen Machtkampf staatlicher Stellen, was den Kampf gegen die Korruption lähmte.

Die Menschenrechtslage in Indonesien ist hingegen weiterhin gut, es herrscht allgemein Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Dies muss aller Kritik an einzelnen Problemen vorangestellt und es muss besonders hervorgehoben werden, denn dieses Ausmaß an gesicherten Rechten findet sich in Südostasien allenfalls noch auf den Philippinen. Kritisch zu beobachten bleiben vor allem die folgenden vier Bereiche: Erstens gibt es keine Bereitschaft des Staates, Menschenrechtsverletzungen aus vordemokratischer Zeit aufzuklären und vor Gericht zu bringen. Zweitens setzen sich religiös konservative Kreise immer wieder gegen heterodoxe Meinungen und Lebensstile durch und allein im Jahr 2009 wurden 200 Verletzungen der Religionsfreiheit verzeichnet, für die mehrheitlich staatliche Stellen verantwortlich waren. Drittens werden die Menschen in Papua für jegliche öffentliche Demonstrationen für die Unabhängigkeit ihrer Provinz strengstens bestraft. Viertens schuf der Generalstaatsanwalt ein „*Clearing House*" für die Zensur von Buchpublikationen, die sich vor allem mit vordemokratischen Menschenrechtsverletzungen befassen bzw. mit Vorwürfen gegen die gegenwärtige Regierung die öffentliche Ordnung stören könnten.

Kambodscha

In Kambodscha zeigen die jüngsten Instrumentalisierungen der hörigen Justiz wieder einmal, wie weit das Königreich von einem Rechtsstaat entfernt ist. Dabei trafen Verleumdungsklagen 2009 nicht nur Oppositionsparlamentarier sondern auch regierungskritische NGO-Aktivisten und Journalisten. Alle haben Probleme Anwälte zu finden, weil diese mit Repressionen rechnen müssen,

zum Beispiel mit dem Entzug ihrer Lizenz. Nach wie vor haben Bürger keine Chance, sich gegen Enteignungen, Vertreibungen und zu geringe Entschädigungen zu wehren. Bei Vertreibungen von Armen samt Zerstörung ihrer Unterkünfte wird regelmäßig Prügel eingesetzt. Dreiste Landnahme durch bzw. mit Unterstützung von Behörden hält nun schon seit 2004 an. Nach Angabe des Leiters des Büros der UN-Menschenrechtskommission in Phnom Penh wird Dorfbewohnern „Tag ein, Tag aus" ihr Land gestohlen.

Ende 2009 wurden 20 Flüchtlinge aus China, Angehörige der muslimischen Uiguren-Minderheit, in Phnom Penh der Obhut des UN-Flüchtlingshilfswerkes entrissen. Alle wurden zwangsweise nach China geflogen. Die Aktion ist mutmaßlich auf Druck bzw. den Wunsch des wichtigen Gebers und Wirtschaftspartners China zurückzuführen und wurde international scharf verurteilt. Die Menschenrechtsgruppe *Human Rights Watch* berichtete Ende Januar 2010, die 20 von Kambodscha nach China geflogenen Uiguren seien dort „in einem schwarzen Loch verschwunden".

Das Rote-Khmer-Tribunal hat Fortschritte gemacht. Die Gerichtsverhandlung gegen Kaing Gek Eav (Duch) wurde im November mit den Schlussplädoyers abgeschlossen, die Richter wollen ihr Urteil im Frühjahr 2010 verkünden. Der zweite Prozess, welcher gegen die vier ranghöchsten noch lebenden Roten Khmer geführt werden soll, dürfte im Laufe des Jahres 2010 beginnen. Zudem haben UN-Staatsanwälte Ermittlungen gegen weitere (noch nicht öffentlich benannte) Verdächtige aufgenommen, und zwar obwohl Premier Hun Sen und die kambodschanische Chefanklägerin sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen hatten. Wie stark die politische Einflussnahme tatsächlich ist, könnte sich zeigen, wenn bei offenbar geplanten weiteren Festnahmen von Verdächtigen die erneute Kooperation der kambodschanischen Polizei gefragt ist. Hun Sen könnte blockieren. Sechs hohe Mitglieder seiner Partei waren im Rahmen von Gerichtsermittlungen im September vom UN-Staatsanwalt als Zeugen vorgeladen worden, alle erschienen nicht: Außenminister Hor Namhong, Finanzminister Keat Chhon, Senatspräsident Chea Sim, Parlamentspräsident Heng Samrin sowie zwei CPP-Senatoren. Das Tribunal leidet nach wie vor an Geldmangel. Alte Korruptionsvorwürfe sind immer noch nicht transparent geklärt, neue jedoch nicht bekannt.

Malaysia

Die Opposition prophezeite bei Amtsantritt von Premier Najib, mit ihm werde die Härte der Mahathir-Zeit zurückkehren. Auch um dem zu entgegnen, entließ Najib 13 ISA-Häftlinge und hob die Verbote von zwei Oppositionszeitungen auf. So nahm Najib seinen politischen Gegnern Wind aus den Segeln. Dabei kam er mit kosmetischen Maßnahmen aus. Der ISA bleibt bestehen, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheiten sind weiter eingeschränkt. Die Polizei löste mit Tränengas eine unerlaubte Demonstration gegen den ISA auf und verhaftete dabei mehr als 500 Menschen. Ein Journalist, der auch Berater eines Oppositionspolitikers war, wurde von der Anti-Korruptionsbehörde vernommen und tags darauf tot im Gebäude der Behörde gefunden. Es ist noch völlig ungeklärt, was geschah.

Seit Februar 2010 steht Oppositionsführer Anwar Ibrahim zum zweiten Mal nach 1998 wegen „unnatürlichem Geschlechtsverkehr" vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, 2008 Sex mit einem Mitarbeiter gehabt zu haben, der Anzeige erstattete. In Malaysia sind homosexueller und oraler Verkehr Delikte, die mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden können. Das „Sodomie 2" Verfahren folgt Anwars Verurteilung von 1999. Damals kam er erst nach sechs Jahren Haft frei, als ein Berufungsgericht den Schuldspruch aufhob. Damals wie heute handelt es sich um politisch motivierte Prozesse: Der Oppositionsführer soll kaltgestellt werden. Im aktuellen Prozess lehnten Richter die Einstellung des Verfahrens ab, obwohl ein Arztbericht vorliegt,

nach dem das angebliche Opfer keine Spuren von Analverkehr zeigte oder gar Verletzungen hatte. Es handelt sich um einen jungen Mann, der möglicherweise in Anwars Umfeld platziert wurde: Er heuerte drei Monate vor der angezeigten „Tat" bei Anwar an. Laut Presseberichten räumte Malaysias Premier Najib Razak ein, den jungen Mann zwei Tage vor seiner Anzeigeerstattung getroffen zu haben. Das laufende „Sodomie 2" Verfahren gegen Anwar dürfte mehrere Monate dauern, die Anklage hat 25 Zeugen angekündigt.

Die Justiz bleibt unberechenbar, was man im Kontext Malaysias als positiv ansehen könnte: nicht alle Urteile spiegeln Abhängigkeit und Regierungstreue wider. So hob ein Richter das vom Innenministerium verhängte Verbot eines Buches der liberalen Frauengruppe *Sisters in Islam* auf. Eine Richterin hob Urteile niederer Instanzen auf, nach denen es der katholischen Zeitung Herald verboten war, den Gott der Christen in der malaiischen Sprache Allah zu nennen. Während liberale Malaysier, auch Moslems, dies als Schutz von Religionsfreiheit begrüßen finden andere Moslems, unterstützt von der Regierung, die Bezeichnung Allah sei ausschließlich dem islamischen Gott vorbehalten. Manche befürchten zudem, Christen könnten das Wort Allah missbrauchen, um Konvertierungen zu propagieren. In der Folge des Urteils kam es zu Angriffen auf Kirchen und als Reaktion darauf zu Angriffen auf Moscheen. Auch ein hinduistischer Tempel wurde beschmiert. Die gefährlichen Aktionen zeigen, dass weiterhin religiöse und/oder ethnische Spannungen bestehen. 2009 hatte eine Gruppe von Moslems den Kopf einer (für Hindus heiligen) Kuh über die Strasse geschleift, mehrere Männer bespuckten und traten ihn. Polizisten schritten nicht ein. Die Aktion war ein Protest gegen den Bau eines hinduistischen Tempels in einer überwiegend muslimischen Nachbarschaft.

Allen religiös motivierten Untaten folgen weit verbreitetes Entsetzen im Land, Verurteilung und kollektive Anstrengungen vieler staatlicher und zivilgesellschaftlicher Kräfte, Toleranz und Frieden zu propagieren. Erfreulicherweise gilt Toleranz nach wie vor für die überwältigende Mehrheit der Malaysier als hohes, schützenswertes Gut. Eine monumentale „1Malaysia"-Kampagne von Premier Najib soll Harmonie und Gemeinsamkeit der Ethnien beschwören. Leider hat die Kampagne viel mit Propaganda zu tun. Sie soll einer Regierung nutzen, die dann doch nicht immer nach dem Grundsatz „1Malaysia" handelt, zum Beispiel durch ihre Aufrechterhaltung vieler *Bumiputra*-Privilegien, die Malaien zugutekommen. So werden Bürger chinesischer oder indischer Abstammung weiter diskriminiert.

Beispiel eines konservativ ausgelegten Islams war 2009 das Urteil gegen Kartika Sari Dewi Shukarno. Ein Religionsgericht verurteilte die Muslima zu einer Geldstrafe und zu sechs Stockhieben, weil sie Bier getrunken hatte. Kartika ist die erste Frau, die in Malaysia Stockhiebe erhalten soll. Sie akzeptierte ihr Urteil und forderte öffentliche Vollstreckung. Nach nationaler und internationaler Aufmerksamkeit wurde die Vollstreckung verschoben, sie steht immer noch aus. Die zwischenzeitlich öffentlich geführte Debatte über Stockhiebe für Frauen wurde durch das Schaffen von Tatsachen entschieden: Im Februar 2010 teilte der Innenminister mit, dass jüngst erstmals drei Frauen ausgepeitscht worden seien. Ein Religionsgericht hatte ihnen Ehebruch vorgeworfen und die Strafe ausgesprochen.

Myanmar/Birma

Myanmar ist ein Unrechtsstaat. Bekannte und berechtigt vermutete Menschenrechtsverletzungen aufzulisten und zu beschreiben, würde den Rahmen dieses Papiers sprengen. Die Praktiken reichen von Folter über Zwangsarbeit bis zur Rekrutierung von Kindern als Soldaten. Nach Schätzung der *Assistance Association for Political Prisoners-Burma* (AAPP) gab es Ende 2009 mehr als 2.100 politische Häftlinge. Dazu gehört seit 1990 mit Unterbrechungen die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Sie wurde 2009 wegen angeblicher Verletzung ihrer

Hausarrestauflagen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre Strafe wurde in 18 Monate Hausarrest umgewandelt. In den vergangenen zwei Jahren sperrte die Junta Dutzende Mönche und Aktivisten weg, die an den Demonstrationen von Mönchen im Jahr 2007 beteiligt waren. Die Prozessserie hält an, die jüngsten Verurteilungen stammen vom Februar 2010. Nach Angabe von AAPP sind mittlerweile 251 Mönche im Gefängnis. Auch Anwälte, Journalisten und Künstler sind in Haft, manche nur, weil sie 2008 Überlebenden des Zyklons Nagris halfen oder über mangelnde Hilfsmaßnahmen berichteten. Im Februar 2010 kam der stellvertretende NLD-Vorsitzende Tin Oo frei. Er hatte sieben Jahre Haft verbüßt, erst im Gefängnis und zuletzt durch Hausarrest.

In zahlreichen Gebieten der ethnischen Minderheiten herrscht weiter Gewalt. Dort werden mitunter auch Kinder als Soldaten eingesetzt. Angaben des *Thailand Burma Border Consortiums* (TBBC) zufolge gibt es aufgrund von Kämpfen und Vertreibungen allein im Osten Myanmars mittlerweile mehr als 500.000 Binnenflüchtlinge. Seit April 2009 bemüht sich die Militärregierung zunehmend bewaffnete Gruppen ethnischer Minderheiten dazu zu bewegen, dem staatlichen Militär als „*Border Guard Forces*" (BGF) beizutreten. Der BGF sollen auch birmanische Soldaten angehören, die das Kommando über die Einheit haben sollen. Kleine, relativ unpolitische Gruppen wie die NDA-K (Kachin), die KPF und DKBA (Karen) und die KNPLF (Karenni) haben sich dazu bereit erklärt. Bedeutend größere Armeen wie die UWSA (Wa) und die KIA (Kachin) lehnen dies bislang ab. Die Pattsituation birgt Kriegsgefahr. Sollte es zu neuen, heftigen Kämpfen kommen, sind die von der Junta geplanten Wahlen gefährdet. Wie potentiell explosiv die Frage der BGF ist, zeigten im August 2009 militärische Auseinandersetzungen im Gebiet der Kokang. Diese sind ethnische Chinesen, die zwischen Befürwortern und Ablehnern der BGF gespalten sind. Als Juntasoldaten in das Kokang-Gebiet eindrangen, starben Dutzende von Menschen. 30.000 flohen über die Grenze nach China.

Philippinen

In den Philippinen sind politische Morde (v.a. an Journalisten) trotz unbestreitbarer Fortschritte ein fortdauerndes Problem. Die Integrität der Justiz lässt ebenfalls zu wünschen übrig, und die Neigung der Präsidentin, Kabinettsmitglieder zu Richtern am Verfassungsgericht zu ernennen, trägt nicht zur Hebung dessen Ansehens bei. Ein besonders dramatischer Konflikt tobt derzeit um ihre Absicht, einen Nachfolger für den am 17. Mai ausscheidenden Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes zu ernennen – ein Vorhaben, das nach Ansicht der meisten juristischen Kommentatoren wie auch des Juristenverbandes rechtswidrig ist. Der Gerichtshof selbst hat sein Ansehen auch nicht gesteigert, als er kürzlich eine Revision seiner eigenen, als „*final and executory*" deklarierten Entscheidungen, zugelassen und die Entscheidung dann revidiert hat.

Thailand

In Thailand weht die Justiz als Fähnchen im Wind der Macht. Richter bewahrten Premier Thaksin Shinawatra während seiner Amtszeit vor eigentlich berechtigter Amtsenthebung. Thaksin verklagte Kritiker wegen angeblicher Verleumdung. Als nach dem Putsch von 2006 das andere Politlager Aufwind bekam, wechselten die Richter die Seite: Sie lösten Thaksins Thai Rak Thai Partei (TRT) auf, erließen Berufsverbote gegen 111 TRT-Politiker, verurteilten Thaksin wegen Korruption und nahmen zwei Thaksin-Freunden ihre Regierungsämter. Heute ist das Thaksin-Lager in der Opposition und ihr Chef als gesuchter Verbrecher im Exil.

Südkorea

Auch wenn die Bilanz internationaler Menschenrechtsorganisationen insgesamt durchaus positiv ausfällt, zumindest soweit man den Entwicklungsprozess in die Würdigung einbezieht, so müssen, bedingt durch überkommene Traditionen, nicht unerhebliche Defizite konstatiert werden. So hat das Verfassungsgericht in seiner, wenn auch knappen Entscheidung (5:4) die

Todesstrafe, die seit 1998 nicht mehr vollstreckt wurde, für verfassungskonform erachtet. Diskriminierung von Frauen, Minderheiten und Gastarbeitern sind durchaus an der Tagesordnung. Viel Kritik erntete die konservative Regierung als sie versuchte, die unabhängige Menschenrechtskommission stärker der politischen Kontrolle zu unterwerfen.

Nordkorea

Eine fundierte Beurteilung der Menschenrechtssituation in Nordkorea ist wegen der weitgehenden Abschottung des Landes sehr schwierig. In allen Bereichen wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, politischer Freiheit und dem Recht auf ein menschenwürdiges Leben usw. nimmt Nordkorea in allen Indices weltweit einen der hinteren Plätze ein.

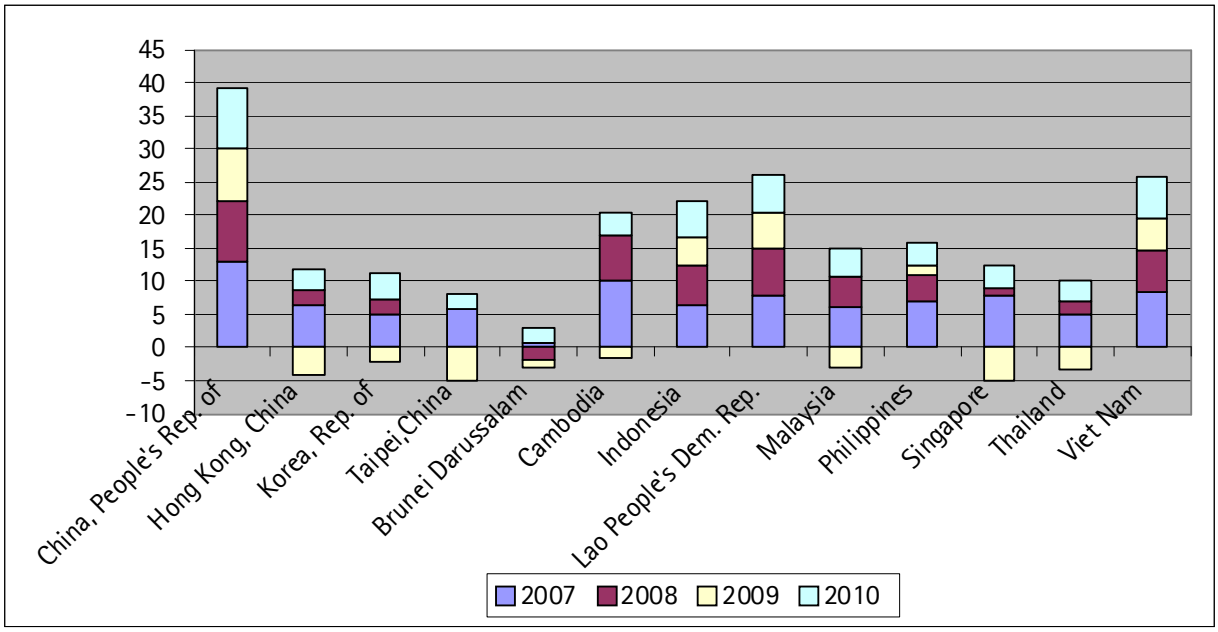
3. Wirtschaft

Der Grad an wirtschaftlicher Freiheit variiert stark in der Region Südost- und Ostasien. Der von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützte *Economic Freedom Report* des Fraser Institutes zeigt dies in seiner letzten Ausgabe von 2009 (Daten von 2007) eindrücklich.

Hongkong und Singapur stehen hier an erster und zweiter Stelle mit den Werten 8,97 (2008: 8,94) und 8,66 (2008: 8,57); 10 stellt den Maximalwert dar. Taiwan, Japan und Südkorea stehen an 16. (2008: 18.), 27. (2008: 28.) bzw. 32. (2008: 29.) Stelle mit Werten über 7. Deutschland rangiert vor der Slowakei auf Platz 27 (2008: 17). Im Mittelfeld befinden sich Thailand (7,04; 2008: 7,0), die Philippinen (6,83; 2008: 6,72) und Indonesien (6,35; 2008: 6,12), das an Stelle 93 (2008: 101) von den insgesamt 141 Ländern steht. Wenig überraschend bildet Birma das Schlusslicht mit seinem Wert von 3,69 (2008: 4,19) und seinem 140. Platz. Lediglich Zimbabwe erreicht einen geringeren Wert von 2,89.

2009 verzeichneten viele Volkswirtschaften Südost- und Ostasiens negative Wachstumszahlen. Der Trend ist allerdings nicht einheitlich und verheißt 2010 für alle hier aufgeführten Länder Positives.

BIP Wachstum



Quelle: http://www.adb.org/Documents/Books/ADO/2009/Update/default.asp

Japan
Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist zwar noch nicht überwunden, doch verzeichnete China 2009 ungebrochenes Wachstum und auch in Japan wurde im Schlussquartal 2009 wieder stärker konsumiert. Erstmals seit sieben Jahren kurbelte die Inlandsnachfrage das Wachstum an. Das japanische Bruttoinlandsprodukt stieg mit einer Jahresrate von real 4,6 Prozent und damit im dritten Quartal in Folge, gemäß Regierungsangaben. Im Vergleich zum Vorquartal entspricht das einem Wachstum um 1,1 Prozent. Dies überrascht Ökonomen und scheint davon zu zeugen, dass sich die japanische Wirtschaft wieder auf dem Erholungspfad befindet. Wegen des geringen Wachstums im Ausland sowie des starken Yen werden sich die japanischen Exporte in der ersten Jahreshälfte aber voraussichtlich verlangsamen. Zudem lässt der Effekt der staatlichen Konjunkturprogramme langsam nach, während sich das exportabhängige Land nach wie vor in einer Deflation befindet.

China
In China ist derweil wieder von Überhitzung die Rede. Die Inflation und die Kreditvergabe stiegen rasant an. Das derzeit wieder kräftige Wachstum ist einem riesigen Konjunkturpaket und einer massiv ausgeweiteten Kreditvergabe zu verdanken. Im vierten Quartal verzeichnete Chinas Wirtschaft ein Plus von 10,7 Prozent zum Vorjahr. Die Banken hatten im vergangenen Jahr die Rekordsumme von 9.590 Mrd. Yuan (1.400 Mrd. $) an Darlehen ausgereicht. Erste Maßnahmen zur Bremsung des Wachstums sind bereits erfolgt. Seit Mitte Januar müssen die Banken höhere Mindestreserven aufweisen und der Bankenregulierer wies große Institute an, bis Ende Januar keine Kredite mehr auszureichen. Der steigende Teuerungsdruck könnte dazu führen, dass Peking den Renminbi aufwerten wird. Dies hätte den Vorteil, dass Importe billiger würden, was wiederum den Inflationsdruck mildern würde. Zudem würde ein aufgewerteter Renminbi die globalen Ungleichgewichte dämpfen. China würde mehr Waren importieren und weniger zusätzliche Fremdwährungsreserven aufbauen. Dagegen könnten die USA ihre Exporte steigern.

Indonesien
Indonesien überstand die Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/09 als größter Markt Südostasiens relativ unbeschadet, weil die Marktakteure aus der letzten Krise 1997/98 gestärkt hervorkamen und die Finanz- und Realwirtschaft insgesamt recht wenig in den Weltmarkt eingebunden sind. Die Weltmarktschwäche verringerte 2009 aber dennoch die ausländischen Direktinvestionen in Indonesien um beträchtliche 27 Prozent auf ein geringes Volumen von knapp elf Mrd. USD. Nicht zuletzt wegen eines staatlichen Stimulus-Paketes und mehreren Zinssenkungen der Zentralbank stiegen aber zugleich die nationalen Direktinvestitionen um 85 Prozent an und machen nun schon über ein Drittel der gesamten Direktinvestitionen im Lande aus. Die Inflation und das Wirtschaftswachstum pendelten sich 2009 bei erfreulichen 3 Prozent bzw. 4 Prozent ein, was dem Land letztlich eine bessere Bewertung durch die internationalen Rating-Agenturen einbrachte. Sorgen macht dem Parlament das Abkommen über die ASEAN-Freihandelszone mit China, das zum Jahresbeginn 2010 in Kraft trat. Während das Parlament 15 Wirtschaftssektoren ausmachte, für die nachträglich ein besonderer Schutz vor billigen Importen aus China auszuhandeln sei, stehen der Präsident und die Handelsministerien auf dem Standpunkt, die Freihandelszone brächte vor allem Marktzugang und Exportchancen.

Südkorea
Das Land betreibt eine staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik. Die Verknüpfung zwischen Politik und Wirtschaft, vor allem den mächtigen Wirtschaftskonglomeraten und deren Eigentümern, den Chaebols, ist extrem. Im Vergleich zu anderen Staaten zeichnet sich ab, dass Südkorea trotz seiner Exportabhängigkeit gute Chancen hat, relativ gut aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herauszukommen. Hohe Währungsreserven, niedrige Verschuldung, nur geringe

Spekulation mit toxischen Papieren, enorme staatliche Investitionsprogramme und nicht zu vergessen die Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise in den 90er-Jahren, schafften die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Erholung der Wirtschaft.

Nordkorea

Nordkoreas Politik der wirtschaftlichen und politischen Autarkie führt zu einer desolaten Lage des Landes. Die Politik der Selbstversorgung ist schon lange einer Politik der Selbstbedienung gewichen. Versuche, aus der Not entstandene marktwirtschaftliche Strukturen, insbesondere im ländlichen Bereich, einzudämmen, sind gescheitert. International verhängte Sanktionen werden durch die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen, insbesondere aus China und arabischen Ländern, umgangen. Nordkorea bleibt auf internationale humanitäre Hilfe angewiesen, von der mittlerweile etwa ein Drittel der Bevölkerung abhängig ist.

4. Bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte

Kambodscha und Thailand

Der Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Thailand in der Nähe des Preah Vihear Tempels bleibt ungelöst und schwelt weiter. Nach wie vor stehen sich dort Truppen beider Staaten gegenüber. Selten wird auch geschossen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hatte entschieden, dass die Ruinen von Preah Vihear zu Kambodscha gehören. Umstritten bleibt aber ein kleines Gebiet in der Nähe. Politische Kräfte in beide Staaten versuchen, aus dem Konflikt innenpolitisches Kapital zu schlagen. 2009 nahmen die Spannungen zu, als Kambodschas Premier Hun Sen Thailands Ex-Premier Thaksin Shinawatra zum Wirtschaftsberater ernannte. Der von Thailand mit Haftbefehl gesuchte und flüchtige Thaksin, ein Freund Hun Sens, ist Gegenspieler der aktuellen Regierung in Bangkok. Einladungen Thaksins nach Kambodscha führten dazu, dass Thailand seinen Botschafter aus Phnom Penh abzog. Kambodscha reagierte entsprechend. Im Februar 2010 reiste Premier Hun Sen zum Preah Vihear Tempel und hielt dort eine Rede, in der er Thailands Premier Abhisit Vejjajiva grob diffamierte. Die Rede brachte das bilaterale Verhältnis auf einen neuen Tiefpunkt. Auch wenn sich der Staatenbund ASEAN in den vergangenen Jahren positiv entwickelt hat und die Länder Südostasiens in der Tendenz enger zusammenrücken: Dass ASEAN nicht willens oder nicht in der Lage ist, zwischen Thailand und Kambodscha zu vermitteln, zeigt, wie schwach regionale Strukturen in Südostasien doch noch sind.

5. Regionalismus

Die oben erwähnte politische Heterogenität der Region Südost- und Ostasien ist ein Hauptgrund für das Scheitern substanzieller regionaler Ansätze. Während die Europäische Union aus Demokratien besteht, verfügen die südost- und ostasiatischen Länder über pluralistische Demokratien, Monarchien, Militärdiktaturen, elektorale Autokratien, semiautoritäre Systeme und sozialistische Volksrepubliken mit Einparteienherrschaft. Die Einigung auf einen Wertekonsens ist unter diesen Voraussetzungen äußerst schwierig.

Hinzu kommen historische Legate, konfligierende territoriale Ansprüche und Großmachtrivalitäten, die starke zentrifugale Tendenzen erzeugen. Vor allem Japans unrühmliche Rolle im Zweiten Weltkrieg ist vielen südostasiatischen Politikern noch lebhaft im Gedächtnis, zumal Tokyos Verhältnis zur eigenen Geschichte problematisch bleibt. Die Rivalität zwischen China und Japan stellt ein weiteres Hindernis für eine Integration der Region dar. Beide Staaten versuchen ihren Einfluss gegenüber den südostasiatischen Nachbarn auf Kosten des anderen auszubauen.

Schließlich zeichnen sich konfligierende territoriale Ansprüche, wie z.B. in Bezug auf die Spratly Inseln im südchinesischen Meer, für zwischenstaatliche Friktionen verantwortlich. Diese Konflikte fußen oft auf wirtschaftlichen Interessen.

Diese ungünstigen Umstände haben nicht etwa einen Mangel an regionalen Ansätzen zur Folge. Vielmehr ist Asien geprägt von einer verwirrenden Vielzahl zwischenstaatlicher Zusammenschlüsse, die in ihrer Substanz und Zielsetzung stark variieren. Oft wird von einer Buchstabensuppe gesprochen, um diesen augenscheinlichen Multilateralismus zum Ausdruck zu bringen: ASEAN, ASEAN+3, ASEAN+4, APEC, ARF, ASEM, SCO. Die Shanghai Cooperation Organization (SCO) verbindet China mit dem rohstoffreichen Zentralasien und weckt auch bei anderen Hegemonialmächten wie Indien zunehmendes Interesse. In den ASEAN-Plus-Organisationen spiegelt sich der Wunsch nach Einflussnahme der wichtigen Nachbarstaaten China, Japan, Südkorea und Indien in Südostasien wider. APEC und ARF wiederum stellen Foren dar, in welchen unter anderem die USA versuchen ihren Einfluss geltend zu machen. Dass bei dieser Organisationswut konfligierende Konstellationen entstehen ist, unvermeidlich. Vor kurzem stellte der japanische Premierminister Hatoyama eine ostasiatische Gemeinschaft in den Raum, an der die USA nicht beteiligt würden, sollte sich China durchsetzen. Dagegen strebt der australische Regierungschef Rudd eine asiatisch-pazifische Gemeinschaft unter Einbeziehung der USA an.

In der Regel bleiben die Integrationsschritte hinter der Rhetorik zurück. So gab sich der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) am 20. November 2007 eine neue Charta, die als Meilenstein in der Geschichte der Organisation gepriesen wurde. Zwar stellt die Charta die regionale Zusammenarbeit auf ein höheres Niveau durch die Schaffung einer sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Gemeinschaft bis zum Jahr 2020, doch werden dadurch keine supranationalen Strukturen errichtet. Darüber hinaus blieben auch in der Vergangenheit entsprechende hehre Ziele hinter der Rhetorik zurück. Zwar sind innenpolitische Verhältnisse nicht mehr sakrosankt insofern als Birma zunehmend der Kritik seiner ASEAN-Nachbarstaaten ausgesetzt ist, doch verhindert das Nichteinmischungsprinzip weiterhin substanzielle Maßnahmen gegen aus der Reihe fallende Mitgliedsstaaten. Ebenso verfügt ASEAN seit 2002 über eine Freihandelszone, doch bleibt der intraregionale Handel weiter hinter dem mit externen Ländern zurück.

Immerhin ist es gelungen, eine ASEAN-Menschenrechtskommission ins Leben zu rufen. Ihre Befugnisse sind auf dem Papier noch eher beschränkt, da gegen die autoritären Regime nicht mehr durchzusetzen war - aber diese sind bewusst für einen evolutionären Prozess offengehalten worden. Befürworter der ASEAN halten der Organisation ihre mediative Funktion in zwischenstaatlichen Konflikten (die ASEAN-Region ist zwar konfliktbeladen, aber weitgehend frei von Kriegen), ihre Einbindung Ostasiens (ASEAN+3; China, Japan, Südkorea) sowie ihre sicherheitspolitischen Ambitionen (ASEAN Regional Forum, ARF) zugute.

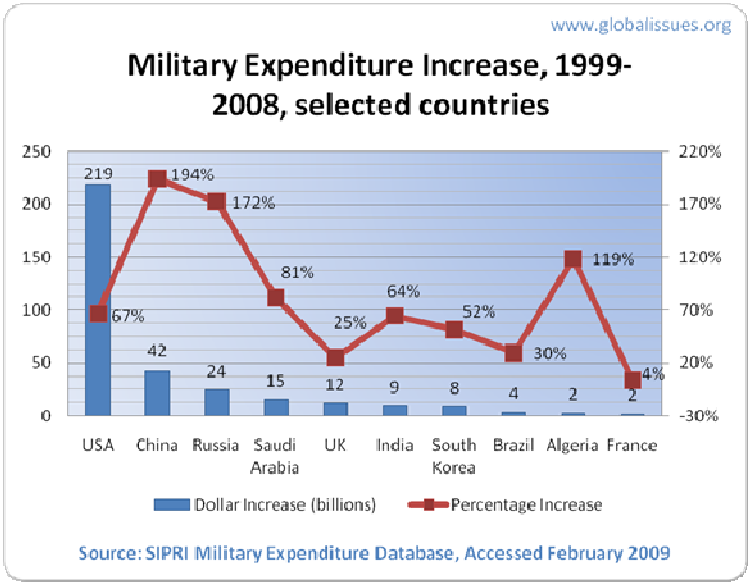
Die ASEAN-Region

Die Integration in der Region Ostasien bleibt nach wie vor weitgehend wirtschaftspolitisch motiviert. Internationale Beziehungen werden, insbesondere von China, von wirtschaftspolitischem Pragmatismus und Machtpolitik geleitet. Nicht erst seit der internationalen Finanzkrise hat China erkannt, dass seine wirtschaftliche Entwicklung der Schlüssel für seine regionalen, welt- und damit machtpolitischen Ambitionen ist. Nach Angaben des chinesischen Handelsministeriums hat das Handelsvolumen Chinas mit Japan im vergangenen Jahr 2009 um 24,4 Prozent und Chinas mit Korea sogar um 45,9 Prozent des zuge-

Quelle: ASEAN Homepage

genommen. Während die wirtschaftliche Verflechtung also deutlich zunimmt, werden die entstehenden politischen Abhängigkeiten von China als durchaus bedrohlich wahrgenommen. Trotz Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) scheinen China wie Korea und Japan bilateralen Handelsabkommen auch weiterhin den Vorzug zu geben. Nicht zuletzt beim Klimagipfel in Kopenhagen hat sich gezeigt, dass ostasiatische Länder, insbesondere China und Korea (beide Staaten haben sich in die Nicht-Annex 1-Staaten, also Entwicklungsländer eingestuft), sich durch einen selektiven Regionalismus und Internationalismus auszeichnen, der sich im wesentlichen auf eigene Wirtschaftsinteressen bezieht.

Hinzu kommt ein starker Anstieg der Militärausgaben, die zu einer Rüstungsspirale in der Region führen könnten. So sind Chinas Militärausgaben in den letzten zehn Jahren jährlich um durchschnittlich etwa 13 Prozent gestiegen.



Trotz der politischen Heterogenität der Region scheinen Korea, Japan und China sich die Hand zu reichen und Möglichkeiten einer vertieften Kooperation auszuloten. Bei einem Dreiergipfel der drei Staatsoberhäupter im Oktober 2009 in Peking erklärten sie, auch wenn es noch weitgehend im Unverbindlichen blieb, dass sie gemeinsam mit friedlichen Mitteln auf eine Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen über ein Ende des nordkoreanischen Atomprogramms hinarbeiten wollen. Bei dieser sicherheitspolitischen Zusammenarbeit wird es aber in absehbarer Zeit bleiben. Zu wenig sind die Länder bereit, sich in sensiblen Bereichen in die Karten schauen zu lassen.

6. Die Interessen Deutschlands und der EU

Die Verbreitung und Stärkung von Menschenrechten und Demokratie in Asien bilden beträchtliche Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik, die ebenfalls von wirtschaftlicher Motivation geleitet wird. Letztere stehen oft in einem Spannungsverhältnis wie die Beziehungen zu China zeigen. Als Einmischung in interne Angelegenheiten gebrandmarkt, ziehen Forderungen nach einer verbesserten Umsetzung von Menschenrechten oft eine Abkühlung der politischen Beziehungen bzw. sogar wirtschaftliche Sanktionen nach sich. Hier kann die Bundesrepublik eine Schwäche zu einer Stärke werden lassen, indem sie die eigene wirtschaftliche Macht und die der europäischen Nachbarn mit einer dezidierten Menschenrechtspolitik verbindet.

Als eine der führenden Exportnationen der Welt hat die Bundesrepublik handfeste wirtschaftliche Interessen in Bezug auf Asien. Mit Japan, Südkorea und Taiwan sind drei der technologisch innovativsten Ökonomien der Welt in der ostasiatischen Region vertreten. China verzeichnet seit den 1990er Jahren zweistellige Wachstumsraten und hat sich zu einem wirtschaftlichen Motor entwickelt, der Auswirkungen für den gesamten Globus hat. So ging der Preisanstieg bei Rohstoffen in den letzten Jahren nicht zuletzt auf den enormen Rohstoffhunger Chinas zurück. Die Region Südost- und Ostasien ist somit als entscheidender Faktor der Weltwirtschaft nicht mehr wegzudenken.

Auch aus sicherheitspolitischer Sicht ist die Region von großer Bedeutung. Eine Eskalation der Konflikte Taiwan und Korea würde auch negative Folgen für die Bundesrepublik und Europa nach sich ziehen. Dabei dürfen sogenannte nicht-militärische Risiken nicht außer Acht gelassen werden. Piraterie in der für die Schifffahrt so bedeutenden Malakkastraße, Drogen- und Menschenhandel sowie Umweltzerstörung sind grenzüberschreitende Probleme, die intra- und interregionale Lösungsansätze erfordern.

Die gegenwärtige Finanzkrise hat die globalen Interdependenzen auf schonungslose Weise freigelegt. Die Regierungen wichtiger Staaten werden sich wieder des Bedarfs an gegenseitiger Kooperation bewusst und verlieren sich doch oft in nationalem Aktionismus. Doch gerade die jetzige Situation bietet der Bundesrepublik und der Europäischen Union die Möglichkeit, die Interaktion mit Asien zu verstärken.

Sollte die EU diese günstige Lage zu erkennen verstehen, wäre sie zudem in der Lage ihre eigenen Forderungen besser durchzusetzen. So hat die EU beispielsweise lange auf eine Aufwertung des Renminbi gedrängt, da sich europäische Exporte durch die Euro-Stärke und den unterbewerteten Renminbi verteurt haben. Da sich dieser Trend aber gewendet hat, könnten sich die Europäer nun auf andere wichtige Politikfelder konzentrieren wie beispielsweise die Reduzierung der Treibhausgasemissionen Chinas. Die Angst Chinas vor der Rückkehr von Protektionismus und der Einschränkung von freiem Handel könnte ebenfalls genutzt werden, um China Eingeständnisse bei der Unterstützung von Schurkenstaaten wie etwa dem Sudan abzuringen.

Der renommierte Think Tank *European Council of Foreign Relations* hat in der Analyse "China-EU Power Audit" von 2009 dargelegt, wie die EU als Ganzes und die einzelnen Mitgliedstaaten mit der wachsenden Bedeutung Chinas auf dem internationalen Parket umgehen. Die Autoren stellten fest, dass es der EU an einer strategischen Vision mangelt, die dem Bedeutungswandel der Volksrepublik Rechnung trägt. Zudem nutzt Peking erfolgreich die politischen Differenzen zwischen den EU-Staaten zur Durchsetzung seiner partikularen Interessen. Infolgedessen sollten die EU und Deutschland mit gesteigertem strategischem Raffinement an China herantreten. Die stärkere Einbindung wichtiger Staaten Südostasiens wie Indonesien und das an China angrenzende Vietnam wäre eine Möglichkeit, das eigene politische Gewicht gegenüber der Volksrepublik zu erhöhen.

7. Chancen für liberale Politik

Liberalismus als wirtschaftlicher Wertekanon ist durch die gegenwärtige Finanzkrise weltweit in Kritik geraten. Zudem bilden nationalistische außenpolitische Kurse einiger Länder in der Region sowie deren mitunter autoritäre Regierungssysteme weitere Hindernisse in der Verbreitung und Umsetzung liberaler Politiken. Beispielsweise ist in Indonesien und Malaysia der Liberalismus umstritten, da er mit Säkularismus gleichgesetzt und als dem Nationalismus entgegengesetzt perzipiert wird.

Eine Konferenz, die der *Council of Asian Liberals and Democrats* (CALD) im Frühjahr 2009 in Bangkok durchgeführt hat, zeigte, dass die asiatischen Liberalen sehr wohl in der Lage sind, sich den intellektuellen Herausforderungen, die die Krise mit sich brachte, zu stellen. Asien hat die Krise weitgehend gut überstanden, deshalb ist die grundsätzliche marktwirtschaftliche Ausrichtung der Region nicht in Frage gestellt worden. Nach dem Beitritt der indonesischen demokratischen Partei (PDI-P), die von der früheren Präsidentin Megawati geführt wird, umfasst CALD derzeit neun Parteien: die *Democrat Party of Thailand, Democratic Progressive Party of Taiwan, Liberal Party of the Philippines, Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan* (PDI-P), *Liberal Party of Sri Lanka, National Council of the Union of Burma, Parti Gerakan Rakyat Malaysia, Sam Rainsy Party* in Kambodscha und die *Singapore Democratic Party*.

Die aktuelle Wirtschaftskrise sollte allerdings von den liberalen Parteien Asiens als Chance verstanden werden, um dem Wähler die Hintergründe der Krise zu erklären und sich zugleich als attraktive Alternative zu den oft autoritären bzw. korrupten Regierungen zu profilieren. Dies sollte von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit aktiv durch „*capacity building*" unterstützt werden. Die Stiftung selbst sollte weiter in der politischen Diskussion aufklärerisch wirken und den negativ-falschen Perzeptionen dem Liberalismus gegenüber kompetent entgegentreten. Länder wie Malaysia und Thailand, die sich momentan in politischen Umbruchsituationen befinden, könnten sich als empfänglich für neue Denkschemata erweisen.

Zwar haben es Liberale nicht einfach in Asien, doch die Chancen für liberale Politik in der Region sind enorm. Asien ist die schnellstwachsende Region der Welt, der Schauplatz zukünftiger Großmachtrivalitäten und die Heimat der Mehrheit der Weltbevölkerung. Asien hat zudem eine zumeist junge Bevölkerung. Wirtschaftlich aufstrebende Staaten haben ein Interesse an freien Märkten und einem funktionierenden Rechtssystem. Großmachtrivalitäten machen regionales Handeln dringlicher, um die zwischenstaatliche Kommunikation zu intensivieren und zu verbessern. Zusätzlich sorgt der Bevölkerungsreichtum Asiens dafür, dass die Region aus einer liberalen Weltagenda nicht wegzudenken ist. Allerdings ist in vielen asiatischen Staaten die liberalprogrammatische Arbeit schwierig, da die demokratischen Strukturen noch unzureichend sind. Bevor politische Inhalte adäquat vermittelt werden können, sind die Kommunikationskanäle

hierfür von Nöten. Da fraglich ist, inwiefern und wann Demokratisierungsprozesse in diesen Ländern einsetzen bzw. zur Vollendung kommen, könnte die Ebene der regionalen Interaktion die lokal fehlenden notwendigen Kommunikationskanäle und Reformimpulse schaffen.

Der wachsende Einfluss Chinas in Südostasien macht sich auch in unserer Arbeit vor Ort bemerkbar. Dass etwa eingeladene Experten zu einer Konferenz nicht erscheinen können, weil diese Peking nicht genehm sind, ist bereits geschehen. Wir werden damit rechnen müssen, dass solche Fälle politischer Einflussnahme sich in Zukunft häufen werden.

8. Die Arbeit in den einzelnen Ländern

8.1 Regionale Programme

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, partizipative Demokratie und eine freie Marktwirtschaft sind die institutionellen Säulen einer offenen Gesellschaft. Ein Aspekt der Globalisierung ist, dass die Entwicklung dieser Institutionen weitaus stärker als früher durch internationale Strömungen beeinflusst wird. Gerade für Liberale, die auf die Unteilbarkeit der Freiheit pochen, ist daher internationale Kooperation in diesen Feldern wichtig. In Südost- und Ostasien hat sich in den letzten Jahrzehnten ein beispielloser Prozess der weltmarktorientierten marktwirtschaftlichen Entwicklung abgespielt, der fast alle Länder der Region erfasst hat. Die Entwicklung hin zu mehr Demokratie und Menschenrechten ist dagegen zwar ebenfalls vorangekommen, wenn auch in weitaus geringerem Maß. Diesen Herausforderungen stellen wir uns mit unseren Partnern durch regionale Zusammenarbeit.

Unsere Partner in Südostasien im Bereich der Demokratisierung sind der *Council for Asian Liberals and Democrats* (CALD) und die *Young Liberals and Democrats of Asia* (YLDA). Im Rechtsbereich arbeiten wir mit der *Working Group for an ASEAN Human Rights Mechanism* (WG) zusammen. Die Wirtschaftsfreiheit wird durch das *Economic Freedom Network Asia* (EFN Asia) und seine regionalen und nationalen Maßnahmen gefördert.

Mit CALD, einem asienweiten Verband liberaler und demokratischer Parteien, greifen wir in Konferenzen und Publikationen aktuelle Themen auf, welche die Region betreffen - etwa die Entwicklung politischer Parteien, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise oder die Herausforderungen durch Migration. CALD kooperiert in einigen dieser Veranstaltungen auch intensiv mit Liberal International (LI), der Liberalen Fraktion im Europaparlament und der amerikanischen politischen Stiftung *National Democratic Institute* (NDI). CALD und LI pflegen einen engen Austausch. Vollen Mitgliedsstatus bei LI haben die *Liberal Party of the Philippines* (LP), die *Democrat Party* Thailands und die taiwanesische *Democratic Progressive Party* (DPP). Die *Sam Rainsy Party* (Kambodscha) und die *Gerakan Rakyat Malaysia Party* genießen LI-Beobachterstatus. Darüber hinaus bietet CALD seinen Mitgliedsparteien Fortbildungskurse an, beispielsweise zu den Themen „politische Kommunikation", „Kampagnenplanung" oder „Parteimanagement".

Ergänzt wird dieses durch die ähnlich gelagerte Arbeit mit politischen Nachwuchskräften aus den Jugendverbänden der Parteien und anderen Jugendorganisationen im liberalen Jugendnetzwerk YLDA. Volumenmäßig macht die Arbeit mit liberalen Parteien mehr als 50 Prozent der gesamten regionalen Arbeit der Stiftung aus und bildet somit den wichtigsten Schwerpunkt regionaler Tätigkeit.

Im Bereich der Menschenrechte arbeitet die Stiftung seit mehr als 16 Jahren mit einem Netzwerk von angesehenen Juristen und Menschenrechtsorganisationen aus der ASEAN-Region zusammen, die sich für die Einrichtung eines regionalen Menschenrechtsmechanismus ein-setzen: der „*Working Group*". Die Gruppe ist durch geduldige konstruktive Dialogarbeit zu einem aner-

kannten Partner der ASEAN-Regierungen geworden und hat dazu beigetragen, die Menschenrechte in der neuen ASEAN-Charta zu verankern und die Befugnisse und Struktur der neuen Menschenrechtskommission zu formulieren. Diese steht nun ganz am Anfang eines evolutionären Prozesses, den die Gruppe weiterhin begleiten wird.

Die Gründung des *Economic Freedom Network Asia* im Jahr 1998 erfolgte auf Initiative des Regionalbüro Südost- und Ostasien der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Das Netzwerk hat das Ziel, politische Gesellschaften, Forschungseinrichtungen, einflussreiche Expertenkommissionen und Individuen zusammenzubringen, um so das politische Bewusstsein für den Nutzen der Marktwirtschaft in Asien zu erhöhen. Momentan setzt sich das Netzwerk aus 10 individuellen Mitgliedern und 14 Partnerinstituten zusammen, die 11 asiatische Länder vertreten. Partnerinstitute beinhalten Forschungseinrichtungen, einflussreiche Expertenkommissionen, Stiftungen, Forschungszentren, sowie andere gleichgesinnte Organisationen. EFN Asia hat sich zum Ziel gesetzt Individuen dabei zu unterstützen, ihr Potenzial zu verwirklichen und eine offene Gesellschaft zu bilden, die privates Eigentum, persönliche Freiheit, freiwilligen Austausch, Wettbewerb und Rechtsstaatlichkeit befürwortet. Asien weist im Bereich wirtschaftliche Freiheit erhebliche Defizite auf, was die Arbeit des Netzwerkes umso bedeutender macht.

Mit der klaren Vision einer liberalen Welt und eines freien Asien stellt das Netzwerk ein sich weiterentwickelndes und regelmäßig aktualisiertes Forum dar, das die Möglichkeit des Wissens- und Erfahrungsaustausches bietet, die Nutzen der Marktwirtschaft aufzeigt sowie Treffen und Konferenzen dazu organisiert. Die Kommunikation verläuft über vielfältige Kanäle, Netzwerk-Berichte, Treffen und Konferenzen. In dieser Hinsicht erleichtert die EFN Asia-Homepage die Kommunikation unter Mitgliedern sowie Interessenten sehr.

8.2 Projektländer mit stiftungseigener Infrastruktur

8.2.1 Indonesien

In Indonesien zählen zu den wichtigsten Partnern die Demokratische Partei des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono sowie das Kommunikationsforum Partei- und Reformpolitik (*Forum Politisi*), ein Netzwerk, in dem Nachwuchspolitiker der größten Parteien Indonesiens vertreten sind, darunter auch aus den beiden in CALD als Vollmitglied bzw. mit Beobachterstatus vertretenen Parteien PDI-P der ehemaligen Präsidentin Megawati resp. PKB des verstorbenen Präsidenten Abdurrahman Wahid. Die Arbeit in diesem Bereich umfasst zudem die politische Jugendarbeit, die politische Strategieberatung, die Analyse der Parteienentwicklung sowie das Training und den Erfahrungsaustausch unter Politikern.

Im zweiten Schwerpunkt strebt die Stiftung in Indonesien gemeinsam mit dem liberalen *Freedom Institute* sowie dem Liberalen Islam Netzwerk die Popularisierung und Verbreitung liberaler Werte durch die Übersetzung liberaler Schriften und die Durchführung von Diskussionsveranstaltungen an, besonders unter indonesischen Studenten. Spezialisierte Analysen und Expertendiskussionen bringen diese Werte in die Öffentlichkeit, die Beratung von Parteien und den legislativen Prozess ein. Maßnahmen zur Sicherung der Eigentumsrechte von Straßenhändlern in der Hauptstadt Jakarta sind schließlich Teil der stiftungsweiten Kampagne für Freiheit und Eigentum.

Im dritten Schwerpunkt unterstützt die Stiftung den 1999 eingeleiteten Dezentralisierungsprozess, teils in direkter Kooperation mit lokalen Verwaltungsstellen, teils in Kooperation mit örtlichen Organisationen der Zivilgesellschaft. Die konkreten Ziele umfassen die Effizienzsteigerung der Verwaltung, die Verbesserung der Budgetkontrolle, sowie die Partizipation der Bürger bei der kommunalen Entwicklungsplanung.

8.2.2 Kambodscha

Wichtigster Teil der Stiftungsarbeit in Kambodscha ist die Unterstützung der *Sam Rainsy Partei* (SRP). Ausgehend davon, dass politische Parteien Eckpfeiler einer Demokratie sind und konstruktive Oppositionsarbeit zur besseren Kontrolle der Exekutive beiträgt, arbeitet die Stiftung seit den 90er Jahren mit der SRP zusammen. Dazu gehören auch hier Beratung, Schulung von Kandidaten, Medientraining und Stärkung des Jugend- sowie des Frauenflügels. Parallel setzt die Stiftung sich zusammen mit ihrem Partner CEDAC für die Weiterbildung von Bürgern auf dem Land ein. Ziel ist selbständiges Wirtschaftshandeln. Ausbildungskurse sollen die Abhängigkeit von Unterstützung durch die Regierung und/oder Außenstehende vermindern und gleichzeitig zu politischer Partizipation auf kommunaler Ebene anregen. In Phnom Penh unterstützt die Stiftung Bemühungen, die Gründung einer unabhängigen Menschenrechtskommission voranzutreiben. Außerdem wird in Kambodscha ein Netzwerk der IAF-Alumni gepflegt.

8.2.3 Philippinen

In den Philippinen gibt es eine lange Tradition des freiheitlichen Denkens und des organisierten Liberalismus: Die *Liberal Party* (LP) wurde 1946 gegründet und ist seither eine der prägenden politischen Kräfte des Landes und zusammen mit seinen Vorfeldorganisationen unser wichtigster Partner. Die Stärkung der philippinischen Demokratie durch politische Bildung und Politikberatung steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Mit unserem Partner LP und seinem parteinahen liberalen Think Tank *National Institute for Policy Studies* (NIPS), schulen wir engagierte Bürger, stärken den organisierten Liberalismus durch die Erarbeitung von liberalen Politikkonzepten und Reformstrategien und diskutieren diese mit der interessierten Öffentlichkeit. Letzteres war im Hinblick auf die Wahlen 2010 ein besonderer Schwerpunkt, da die Liberale Partei sich als entscheidende Kraft für Wandel und Reform profilieren will. Zielgruppen sind neben liberalen Mandatsträgern auf den verschiedenen Ebenen vor allem Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Medien.

Trotz der demokratischen Verfasstheit des Landes gibt es gerade im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Menschenechte weiterhin gravierende Probleme, wie das Massaker in Maguindanao Ende 2009 in bedrückender Weise verdeutlichte. Die Stiftung arbeitet hier mit der angesehenen Menschenrechtsorganisation *Ateneo Human Rights Center* zusammen, um die Rechte der ärmeren Bevölkerungsschichten besser zu schützen. Dazu werden Jurastudenten aus angesehenen Privatuniversitäten in längeren Basispraktika der Lebenswirklichkeit der Armen ausgesetzt und mit der Arbeit von Menschenrechts- und Rechtshilfeorganisationen vertraut gemacht. Dazu kommen eine Analyse der rechtsstaatlichen Defizite des Landes und die Erarbeitung von Vorschlägen für Rechtsreformen. Auch dies ist im Vorfeld der Wahlen von besonderer Bedeutung gewesen.

Im Wirtschaftsbereich konzentriert sich die Stiftung auf die Zusammenarbeit mit marktwirtschaftlichen Think Tanks und Ökonomenvereinigungen wie der *Philippine Economic Society* zur qualitativen Stärkung der wirtschaftspolitischen Diskussion im Land.

8.2.4 Südkorea

Das Projekt Korea bringt seine Expertise sowohl in Nord- als auch Südkorea ein.

In Südkorea stehen Themen der kommunalen Selbstverwaltung, vor allem der Finanzautonomie der Gemeinden, der Bürgerbeteiligung, der innerparteilichen Demokratie und der regionalen Sicherheit einschließlich des koreanischen Wiedervereinigungsprozesses im Vordergrund.

In Nordkorea geht es der Stiftung insbesondere darum, politische Kontakte aufzubauen und zu pflegen sowie den politischen Dialog in einem politisch schwierigen Umfeld zu fördern. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt in der wirtschaftlichen Erneuerung des Landes (*capacity building*). Die Stiftung orientiert sich dabei im Wesentlichen an den Bedürfnissen, die gemeinsam mit unseren Partnern für die Entwicklung des Landes als vordringlich angesehen werden. Außerdem dienen die Gespräche der Verbesserung der bilateralen, aber auch der internationalen Beziehungen des noch weitgehend abgeschotteten Landes.

8.2.5 Thailand

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit möchte in Thailand zur Stabilisierung der Demokratie beitragen, indem sie mit staatlichen und nichtstaatlichen Partnern in den Bereichen politische Bildung und politischer Dialog zusammenarbeitet. Durch die Nutzung von elektronischen Medien versuchen wir, ein möglichst breites Publikum anzusprechen und die Zielgruppen sowie unsere Partner mit modernen Kommunikationsformen vertraut zu machen.

Einen wichtigen Bestandteil der Demokratieförderung stellt die Professionalisierung politischer Parteien dar. Wir sehen in Thailand in dem Bereich Bürgernähe Verbesserungsbedarf. Ein wieterer Eckpfeiler von Demokratie ist die politische Bildung. Die Wahlkommission des Landes und Jugendinitiativen sind wichtige Partner und Multiplikatoren in dieser Hinsicht. Im Rahmen von gemeinsamen Projekten mit thailändischen NROs möchten wir zu einer Verbesserung der Transparenz von politischen Prozessen beitragen. Daneben unterstützen wir Initiativen der Rechtsreform und zur Stärkung der Marktwirtschaft.

Durch Zusammenarbeit mit der thailändischen Wahlkommission wurden jugendliche Multiplikatoren mittels politischer Bildung an demokratische Grundwerte, Rechtsstaat und den politischen Liberalismus herangeführt. Die Stiftung wurde darüber hinaus von der Wahlkommission eingeladen, den Aufbau eines Instituts für politische Bildung beratend zu begleiten. Die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Stiftung im Bereich der politischen Bildung wurden dadurch erheblich erweitert.

Die wichtigsten Projektpartner sind neben der *Democrat Party* (DP), die *thailändische Wahlkommission* (ECT), *Youth Training for Democracy* (YTD) sowie andere Jugendorganisationen, die *National Working Group of Thailand,* die Rechtsreformkommission, das *Raphipattanasak Institute* sowie das thailändische Büro der *Regional Working Group on Human Rights*, eine Institution der ASEAN.

Im Rahmen einer langjährigen Initiative für den Frieden in Süd-Thailand konnte die erfolgreiche Kooperation mit Radioanstalten (Community Radio) fortgesetzt werden. Sie dient der Ausbildung von Rundfunkmoderatoren, die in ihrer Fachkompetenz und in der Verbreitung von Friedensbotschaften geschult werden.

8.3 Projektländer ohne stiftungseigene Infrastruktur

8.3.1 Birma

Die Stiftung möchte einen friedlichen Übergang zu Demokratie, Rechtsstaat und freier Marktwirtschaft unterstützen. Seminare und Informationsveranstaltungen, auch in Deutschland, sollen dazu beitragen. Publikationen und wissenschaftliche Studien begleiten die Aktivitäten der Stiftung.

8.3.2 China

China spielt eine große Rolle auf der internationalen Bühne, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Dennoch kämpft das Land weiterhin mit einer Reihe von Problemen, die adäquate Lösungen erfordern. Im Jahre 1996 musste die Stiftung nach über zehnjähriger Präsenz ihr Projektbüro in Peking schließen. Seither unterstützen wir unsere ehemaligen Partner vor allem moralisch und im Rahmen einer Nachbetreuung. Wir beobachten die Bereiche Rechtsstaat, Menschenrechte und Marktwirtschaft. Die Erhaltung der Kontakte im Wissenschaftsbereich und zu gesellschaftlichen Gruppen, die sich für diese Bereiche einsetzen, liegt uns sehr am Herzen. Die Stiftung bemüht sich aktiv um die Wiedereröffnung einer Repräsentanz in der Volksrepublik.

Wir freuen uns besonders über die Verleihung des *Templeton Freedom Awards* 2008 an das in Peking angesiedelte *Unirule Institute of Economics* (UIE). Der Preis wurde dem Institut von der *Atlas Economic Research Foundation* für seine „anhaltenden Bemühungen, die Verbesserung der staatlichen Dienstleistungen in China zu unterstützten" verliehen.

8.3.3 Malaysia

Schwerpunkte der Stiftungsarbeit sind die Zusammenarbeit mit den beiden liberalen Partnerparteien der Stiftung (Parti Keadilan Rakyat (PKR), Gerakan) sowie die Unterstützung liberaler Kräfte der Zivilgesellschaft. Dazu zählen die Frauenorganisation *Sisters in Islam*, das Meinungsforschungsinstitut *Merdeka* und das Onlinemedium *Malaysiakini*. Kern der Parteienzusammenarbeit sind Beratung, Schulung von Kandidaten, Medientraining und Stärkung der Jugend- sowie Frauenflügel. Politiker der drei malaysischen Oppositionsparteien schauten sich in Deutschland an, wie dort auf Landesebene eine Koalition gebildet und aufrechterhalten wird. In Malaysia wird die PKR beim Aufbau einer Ausbildungsstätte unterstützt.

Unser Alumni Netzwerk (FAN Malaysia) wird weiter ausgebaut, es hat längst Modellcharakter für die Region. FAN Malaysia besteht aus jungen Frauen und Männern, die Ausbildungskurse an der Internationalen Akademie für Führungskräfte (IAF) der Naumann-Stiftung in Gummersbach besuchten. Mittlerweile replizieren die FAN-Mitglieder diese Kurse in Malaysia.

8.4 Andere Länder der Region

In allen anderen Ländern der Region ist die Stiftung nicht oder nur indirekt, d.h. auf Einladung lokaler Partner, das bedeutet nur sporadisch, tätig. Die regionalen Programmkomponenten der Arbeit mit dem Parteiennetzwerk CALD und YLDA, dem Menschenrechtsnetzwerk (*Regional Working Group*) und dem *Economic Freedom Network Asia* erlauben die Teilnahme und damit eine gewisse Ausstrahlung in diese Länder oder Territorien (wie Hongkong, Japan, Singapur, Taiwan, Vietnam, Laos). Besonders aktiv sind wir dort, wo liberale Mitgliedsparteien von LI vorhanden sind.

9. Die Region im Überblick – Zahlen und Fakten zu Wirtschaft und Politik

9.1 Tabelle 1: Wirtschaft

Land	Bevölkerung Mio.	BIP Mrd.[1]	BIP pro Kopf[2]	BIP Wachstum[3]* 2009	Inflation 2009[3]	Freiheitsbarometer 2009
Japan	127.576	5048.63	39573.49	-5.37%	-1.13%	83.05
Taiwan	23.244	357.344	15373.34	-4.90%	-0.50%	77.16
Südkorea	48.650	800.294	16449.9	-2.00%	2.60%	76.65
Singapur	4.750	163.132	34346.03	-5.00%	-0.21%	64.96
Indonesien	231.547	514.931	2223.876	4.30%	5.01%	64.23
Thailand	67.061	266.434	3972.987	-3.20%	-1.15%	57.83
Malaysia	27.761	207.35	7468.991	-3.10%	-0.10%	56.55
Philippinen	92.227	158.702	1720.785	1.60%	2.84%	56.34
Vietnam	87.211	91.764	1052.206	4.70%	7%	42.73
China	1334.296	4757.743	3565.733	8.20%	-0.06%	42.28
Kambodscha	13.941	10.901	781.906	-1.50%	-0.61%	22.3
Brunei	0.401	14.695	36680.79	0.24%	1.20%	18
Birma[a]	59.981	26.523	442.193	n.v.	6.87%	15.74
Laos	6.376	5.7211	897.34	4.58%	0.23%	12
Nordkorea*	22.665	40.001	1800	3.70%	n.v.	0

[1] = bei konstanten Preisen, US$
[2] = bei aktuellen Preisen, US$
[3]* = im Vergleich zum Vorjahr, ADB (http://www.adb.org/Documents/Books/ADO/2009/Update/default.asp)
[a] = Myanmar
* = CIA World Factbook: BIP Mrd. (PPP, 2008), BIP Wachstum (2008), BIP pro Kopf (PPP, 2008)
Quelle: http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/02/weodata/index.aspx

9.2 Tabelle 2: Politik

Land	*Politisches System*	*Regierungschef*	*Regierung*	*Opposition*	*Wahlen*	*Pol. Partner*
China	Sozialistische Volksrepublik mit Einparteiensystem	PM Wen Jiabao	CCP	N/V	N/V	N/V
Japan	Parlamentarische Monarchie	PM Yukio Hatoyama	DPJ, SDP, PNP	LDP, Neue Kōmeitō, KPJ, Minna no Tō	Aug-09	N/V
Südkorea	Präsidentielle Demokratie	PM Han Seung-soo	CKP, DLP, GNP, LFP	DP	2008, 2012	
Taiwan	Semipräsidentielle Demokratie	Präsident Ma Ying-jeou	KMT, NPSU, PFP	DPP	2008, 2012	N/V
Indonesien	Präsidentielle Demokratie	Präsident Susilo Bambang Yudhoyono	PBB, PD, Golkar, PKB, PAN, PKS, PPP	PDI-P	2004, 2009	PKB, PDI-P, PD
Thailand	Konstitutionelle Monarchie	PM Abhisit Vejjajiva	DP, Proud Thais Party, FMP, TNP, United, SAP	For Thais Party, Royalist People's Party	2008, 2014	DP
Malaysia	Föderale parlamentarische Wahlmonarchie	PM Najib Abdul Razak	UMNO (Barisan Nasional)	Pakatan Rakyat	Mar-08	PGRM, PKR
Singapur	Republik (unfrei)	PM Lee Hsien Loong	PAP	WP, SDP, SDA	2005, 2011	N/V
Kambodscha	Konstitutionelle Monarchie	PM Hun Sen	CPP	SRP	2008, 2013	SRP
Birma	Militärdiktatur	General Than Shwe	SPDC	NLD	1990, 2010	NCUB
Vietnam	Sozialistische Volksrepublik mit Einparteiensystem	PM Nguyễn Tấn Dũng	CP	N/V	2007, 2012	N/V
Nordkorea	Sozialistischer Totalitarismus	Generalsekretär Kim Yong-il	SPA	N/V	Aug-03	N/V
Philippinen	Präsidialrepublik	PM Gloria Macapagal Arroyo	Lakas-Christian and Muslim Democrats	TEAM, GO, LP	May-07	LP

Impressum:

Herausgeber: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Telefon: +49 (331) 7019-117
Fax: +49 (331) 7019-55.117

www.freiheit.org

Autoren: Dr. Rainer Adam, Dr. Sebastian Braun, Moritz Kleine-Brockhoff, Siegfried Herzog, Rainer Heufers, Walter Klitz

Website (engl.): www.fnfasia.org

Der Wiederabdruck ist unter Angabe der Quelle erlaubt, März 2010.